

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschußdienst

N i e d e r s c h r i f t

Bildungsausschuß

51. Sitzung

am Donnerstag, dem 17. Juni 1999, 14:05 Uhr,
im Ökologie-Zentrum der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel

Anwesende Abgeordnete

Dr. Ulf von Hielmcrone (SPD)

Vorsitzender

Hermann Benker (SPD)

Sabine Schröder (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Jost de Jager (CDU)

Ursula Röper (CDU)

Caroline Schwarz (CDU)

Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)

Weitere Abgeordnete

Anke Spoorendonk (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Günter Fleskes (SPD)

Kläre Vorreiter (CDU)

Tagesordnung:	Seite
1. Informationsgespräch im Ökologie-Zentrum der CAU, Zehn Jahre Ökosystemforschung in Schleswig-Holstein	4
Schreiben des geschäftsführenden Direktors, Prof. Dr. Dierßen, vom 24. Februar 1999 Umdruck 14/3108	
2. Fortschreibung des Abkommens zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg über Ausgleichszahlungen für die Unterrichtung schleswig- holsteinischer Schüler an Schulen freier Träger in der Hansestadt Hamburg	5
Schreiben des Abg. Dr. Klug (F.D.P.) Umdruck 14/3436	
3. a) Entwicklung und Perspektiven der Hochschulen in Schleswig-Holstein	6
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 14/2122	
b) Langzeitstudierende an schleswig-holsteinischen Hochschulen	
Bericht der Landesregierung Drucksache 14/2161	
(überwiesen am 3. Juni 1999 zur abschließenden Beratung)	
4. Verschiedenes	8

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlußfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Informationsgespräch im Ökologie-Zentrum der CAU,
Zehn Jahre Ökosystemforschung in Schleswig-Holstein**

Schreiben des geschäftsführenden Direktors, Prof. Dr. Dierßen,
vom 24. Februar 1999

Umdruck 14/3103

Prof. Dr. Dierßen und seine Mitarbeiter stellen die inter- beziehungsweise transdisziplinäre Arbeit des Ökologie-Zentrums vor und bieten dem Ausschuß eine Reihe von Informationsmaterial an.

In der sich anschließenden Diskussion teilt der Rektor der CAU, Prof. Dr. Haensel, hinsichtlich der Besetzung einer C 4-Professur mit, die Universität halte derzeit diese wie andere Professuren „in der Pipeline“, um auf der Grundlage der zu erwartenden Eckwerte des Haushalts 2000 entsprechende Prioritätensetzungen vorzunehmen.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Fortschreibung des Abkommens zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg über Ausgleichszahlungen für die Unterrichtung schleswig-holsteinischer Schüler an Schulen freier Träger in der Hansestadt Hamburg

Schreiben des Abg. Dr. Klug (F.D.P.)

Umdruck 14/3436

St Dr. Stegner führt aus, Grundlage der gegenseitigen Beschulung seien das zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg geschlossene Gegenseitigkeitsabkommen, das Ausgleichsabkommen und das sogenannte Pinneberger Abkommen, über dessen Verlängerung man sich mit Hamburg verständigt habe und über dessen genauen Inhalt der Bildungsausschuß unterrichtet werde. Derzeit besuchten 1.352 schleswig-holsteinische Schülerinnen und Schüler Hamburger Schulen, 230 Hamburger Schülerinnen und Schüler schleswig-holsteinische Ersatzschulen. Die Verfassungsmäßigkeit von Landeskinderklauseln sei Gegenstand verschiedener rechtlicher Auseinandersetzungen, bis hin zum Bundesverfassungsgericht. Bis zum Jahr 2001 solle ein entsprechendes Ausgleichsabkommen auch mit Mecklenburg-Vorpommern beschlossen werden.

Punkt 3 der Tagesordnung:

a) Entwicklung und Perspektiven der Hochschulen in Schleswig-Holstein

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 14/2122

b) Langzeitstudierende an schleswig-holsteinischen Hochschulen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 14/2161

(überwiesen am 3. Juni 1999 zur abschließenden Beratung)

Eine Frage von Abg. de Jager zur Studiendauer beantwortet St Dr. Stegner dahin, Landes- und Bundesregierung bemühten sich um eine Verkürzung der durchschnittlichen Studiendauer durch Novellierung des BAföG und des Landeshochschulgesetzes sowie durch eine Verbesserung der sozialen Lage der Studierenden. Bestandteil der Zielvereinbarungen sei die Umsetzung dessen, was das geänderte Hochschulgesetz den Hochschulen ermögliche.

Auf Fragen von Abg. Spoorendonk erwidert der Staatssekretär, die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums werde nicht eingeführt. Studienberatung und Evaluation der Lehre seien Pflichtaufgaben der Hochschulen.

Abg. Röper appelliert, die Organisation des Studiums und insbesondere der Prüfungen beziehungsweise Klausuren zu optimieren.

Abg. Dr. Klug problematisiert die hohe Zahl von Studienabbrechern an der CAU (Drucksache 14/2122, Seite 20) und bittet zum Vergleich um die Abbrechquoten an anderen Universitäten. Außerdem kritisiert der Abgeordnete die Höhe der Vakanzen an der CAU (Seite 85) und möchte vom Ministerium wissen, welche C 3/4-Stellen an der CAU derzeit nicht besetzt seien, seit wann diese Professuren unbesetzt seien und was eine Wiederbesetzung dieser Stellen kosten würde.

St Dr. Stegner entgegnet, Vergleichsdaten zur Abbrecherquote habe man nicht gefunden. Die Anzahl der Vakanzen an der CAU begründet er mit den von der Hochschule im Rahmen des

vereinbarten Budgets zu treffenden Strukturentscheidungen. Berufungsangelegenheiten würden seitens des Ministeriums zügig bearbeitet.

Abg. Schröder mahnt eine stärkere Kooperation der Hochschulen in Norddeutschland und im Ostseeraum an. - St. Dr. Stegner räumt ein, daß sich die Zusammenarbeit der Hochschulen, insbesondere der schleswig-holsteinischen Hochschulen untereinander, verbessern müsse.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Klug nach der Zukunft des Faches Politische Wissenschaften in Kiel bekräftigt der Staatssekretär die Auffassung, daß in Kiel Politikwissenschaft als eigenes Fach in der erforderlichen fachlichen Breite mit mindestens zwei Disziplinen angeboten werden müsse. Eine Frage von Abg. de Jager beantwortet er dahin, der FH-Fachbereich Bauwesen in Eckernförde müsse seine Bereitschaft zur Kooperation mit der Muthesius-Hochschule erhöhen, die Muthesius-Hochschule ihrerseits mit Blick auf die Begutachtung durch den Wissenschaftsrat ihre konzeptionelle Arbeit verstärken. Wenn es bei den beiden Hochschulen Ungleichgewichte zwischen Studierendenzahl und Stellensituation gebe (drei Professorenstellen seien von Eckernförde an die Muthesius-Hochschule verlagert worden), müßten die Professoren - hier der Muthesius-Hochschule - gegebenenfalls ihre Lehrverpflichtungen teilweise an der anderen Hochschule ableisten. Hinsichtlich der Unterbringung der Muthesius-Hochschule - damit greift er eine Frage von Abg. Dr. Klug auf - werde jede Möglichkeit auf Bedarf und Wirtschaftlichkeit hin geprüft.

Der Ausschuß nimmt die beiden Vorlagen der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Verschiedenes

a) Abg. Schwarz bittet das Ministerium zur nächsten Sitzung um einen Bericht zur Weiterentwicklung der **Musikhochschule Lübeck**, insbesondere zur Entwicklung des Stellenplans.

St Dr. Stegner teilt mit, daß die Oboen-Professur zum kommenden Wintersemester und die Leitung des Brahms-Instituts ebenfalls in Kürze besetzt würden. Nach einem persönlichen Gespräch der Ministerin mit der berühmten Klarinetten-Professorin sei man zuversichtlich, daß die renommierte Künstlerin an der Musikhochschule bleiben werde.

b) Auf Fragen der Abgeordneten Röper und Dr. Klug erwidert St Dr. Stegner, zum 1. Januar 1999 seien alle mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer **Funktionsstelle** beauftragten Lehrkräfte befördert worden, soweit sie diese Aufgabe am 1. Oktober 1998 ein Jahr wahrgenommen hätten und die persönlichen Voraussetzungen erfüllt gewesen seien (im Bereich der **berufsbildenden Schulen** 40 Lehrkräfte). Man gehe davon aus, daß die in der Zwischenzeit neu mit der Wahrnehmung der Aufgaben einer Funktionsstelle beauftragten Lehrkräfte, sofern sie die entsprechenden Voraussetzungen erfüllten, beim nächsten Beförderungstermin - voraussichtlich im letzten Quartal dieses Jahres - berücksichtigt würden. Wenn die Landesregierung über die Finanzierung der leistungsbezogenen Anteile der reformierten Beamtenbesoldung noch in dieser Legislaturperiode entscheiden werde, werde der Bildungsausschuß darüber unverzüglich unterrichtet.

c) Der Ausschuß folgt dem Antrag von Abg. Röper, im Rahmen der Anhörung zur **Hochschulstrukturgesetz-Novelle** das Studienkolleg zu hören.

d) Abg. de Jager beantragt, in der Sitzung am 1. Juli 1999 das Schreiben der Initiative „**Eltern gegen Unterrichtsausfall**“, Umdruck 14/3437, auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. von Hielmcrone, schließt die Sitzung um 16:40 Uhr.

gez. Dr. Ulf von Hielmcrone

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer

